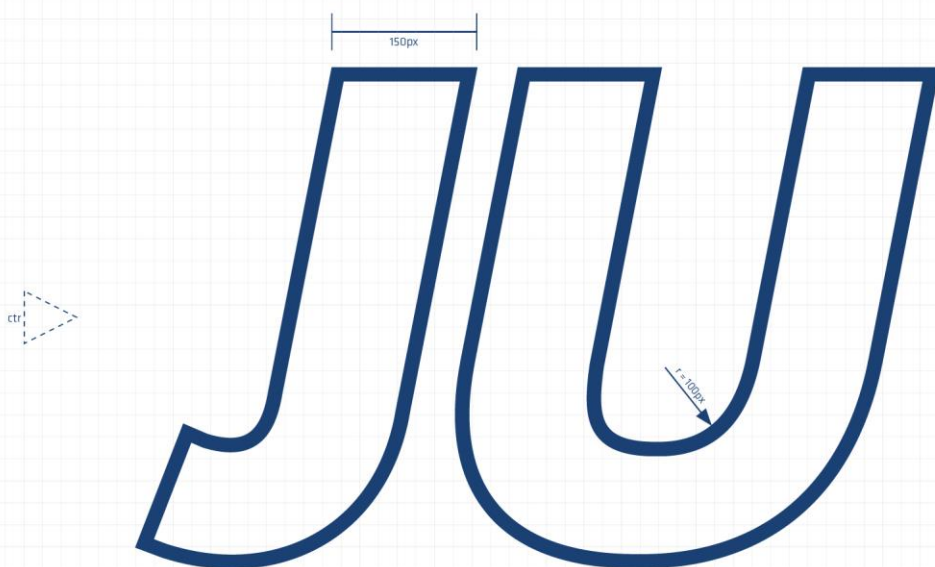


Eigenverantwortung stärken - Handeln auf Grundlage des christlichen Menschenbildes

Beitrag der Jungen Union Hessen zum Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands



99. Landestag

der Jungen Union Hessen

Raum für Deine Ideen!

8./9. Juni 2019 • Hünfeld

Eigenverantwortung stärken – Handeln auf Grundlage des christlichen Menschenbildes: Beitrag der JU Hessen zum Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands

1 Die CDU Deutschlands hat einige Fragen gestellt – und wir als Junge Union Hessen möchten Antworten geben.
2 Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart und vor allem unserer Zukunft. Als Motor der CDU
3 haben wir Zukunftsperspektiven in den unterschiedlichen Themenfeldern entwickelt, die uns als junge
4 Generation wichtig sind und von denen wir überzeugt sind, dass sie das Grundsatzprogramm unserer
5 Mutterpartei bereichern.

6 Für das neue Grundsatzprogramm hat der CDU-Bundesparteitag zwölf Leitfragen beschlossen, mit jeweils
7 zahlreichen Unterfragen. Wir haben uns daran orientiert, jedoch darauf verzichtet, jede Frage einzeln
8 abzuarbeiten, gerade auch um doppelte Antworten zu vermeiden. Stattdessen haben wir verteilt über den
9 gesamten Leitantrag Perspektiven formuliert.

10 **1. Leitfrage: Wie gestalten wir als starke Volkspartei der Mitte erfolgreiche Politik auf der Grundlage des** 11 **christlichen Menschenbildes?**

12 In unserem politischen Handeln leiten uns das im Grundgesetz formulierte christlich-humanistische
13 Fundament und unsere christlich-abendländische Kultur. Das „C“ im Namen der CDU ist eine Verpflichtung –
14 eine Verpflichtung für Nächstenliebe, aber auch für eine ehrliche Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt
15 stellt. Für die Volkspartei CDU ist es dabei wichtig, mehr Frauen für die Parteiarbeit zu gewinnen und das
16 interne Ringen um die besten Lösungen zu stärken. Die CDU bietet eine politische Heimat für die Liberalen,
17 die Christlich-Sozialen als auch für die Konservativen.

- 18 • Die CDU ist eine Volkspartei. Das bedeutet, dass es in der Partei verschiedene Meinungen geben darf
19 und geben soll. Wir sehen das als eine Chance: Der kontroverse Dialog miteinander hat die Union
20 stets ausgemacht. Deshalb sollten unterschiedliche Meinungen auch aktiv zugelassen und
21 beispielsweise auf Parteitag oder in Fraktionen nicht unterdrückt werden. Eine starke,
22 selbstbewusste CDU hält interne Widersprüche nicht nur aus, sondern fördert sie. Wichtig ist, dass
23 nach der Diskussion das Ergebnis von allen nach außen verantwortet und im politischen Handeln
24 gelebt wird.
- 25 • Wir müssen mehr – vor allem auch junge – Frauen für die Arbeit in der Politik gewinnen. Hierzu bedarf
26 es unter anderem neuer (Veranstaltungs-)Formate, die gemeinsam mit Frauen entwickelt werden.
27 Viele Frauen bringen sich bereits heute mit großem Erfolg in die Parteiarbeit ein – diese Vorbilder
28 müssen stärker in die Verantwortung genommen werden, sie müssen sichtbarer werden, um anderen
29 Frauen Mut zu machen, sich einzubringen. All das müssen wir als einen Prozess verstehen, der gewiss
30 auch Zeit in Anspruch nimmt. Wir halten deshalb grundsätzlich nichts von Schnellschüssen – und
31 lehnen Frauenquoten wie jegliche andere Quoten ab.
- 32 • Der politische Wettbewerb mit anderen Parteien, aber auch außerparlamentarischen Organisationen
33 ist ein wichtiger Bestandteil demokratischer Auseinandersetzung. Wir müssen uns viel stärker mit
34 anderen Parteien reiben – egal, ob sie mit uns in einer Koalition oder sie in der Opposition sind. Das
35 bedeutet unter anderem eine aktive Öffentlichkeitsarbeit und das Setzen von Themen. Die CDU muss
36 die anderen Parteien treiben, nicht die anderen Parteien die CDU. Dabei ist uns eine
37 Auseinandersetzung hart in der Sache, aber fair im Ton wichtig. Als christliche Partei ist uns der
38 Respekt auch gegenüber Vertretern anderer Parteien sehr wichtig.

39 **2. Wie verbinden wir Freiheit und Verantwortung?**

40 Jedes staatliche Handeln fußt auf dem Grundsatz, dass wir bei unseren Entscheidungen auf mündige Bürger
41 und die Werte des christlichen Menschenbildes vertrauen.

- 42 • Wir schaffen eine Balance zwischen der Verantwortung des Einzelnen und gesellschaftlicher
43 Solidarität, indem der Staat immer erst dann eingreift, wenn der Einzelne um Unterstützung bittet.
- 44 • Die Eigenverantwortung ist für uns der Grundstein für gesellschaftliche Verantwortung. Das
45 Vereinsleben soll diesen Wert vermitteln und Raum dafür geben, eigenverantwortliches Handeln
46 kennen und schätzen zu lernen. Eine allgemeine Dienstpflicht sehen wir als Möglichkeit, um junge
47 Menschen für mehr Eigenverantwortung zu gewinnen.
- 48 • Eine moderne Verwaltung muss sich den Lebensgewohnheiten der Menschen anpassen und mit der
49 Zeit gehen. Einen wesentlichen Punkt nimmt die Digitalisierung ein – sie spart auf lange Sicht nicht
50 nur Kosten, sondern auch viel Zeit und Mühen.

- 51 • Wir bekennen uns zur Subsidiarität. Gerade die kommunale Ebene hat ihr Ohr am besten bei den
52 Menschen vor Ort. Daher wollen wir, dass Aufgaben, die am besten vor Ort beantwortet werden
53 können, auch vor Ort von den Kommunen übernommen werden.
- 54 • Subsidiarität bedeutet für uns auch, dass immer der bezahlt, der Leistungen bestellt.
- 55 • In Zeiten klammer Haushalte wollen wir, dass die Kommunen die interkommunale Zusammenarbeit
56 als eine Chance begreifen. Der Staat kann etwa durch Datenpools unterstützen.

57 **3. Leitfrage: Wie gelingt ein Leben in Sicherheit?**

58 Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Das Gewaltmonopol des Staates auf der einen Seite und das
59 Sicherheitsversprechen an seine Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite sind zwei Seiten einer
60 Medaille. Die Wahrung der inneren Sicherheit in unserem Land ist uns ein zentrales Anliegen. Der Schutz der
61 Bevölkerung und ein positives Sicherheitsgefühl sind dabei notwendige Grundvoraussetzungen des
62 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Nur wenn das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ausreichend
63 befriedigt werden kann, ist eine Polarisierung in einer aktuell aufgewühlten Diskussion zu vermeiden. Wir
64 brauchen in Deutschland eine einsatzbereite und fest in der Bevölkerung verankerte Bundeswehr.

65 • Die nahe Vergangenheit hat gezeigt, dass unsere Polizei eine bessere Ausstattung und verstärkte
66 öffentliche Videoüberwachung als hilfreiches Instrument benötigt. Nur dann ist sie auch fähig,
67 aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu meistern. Das Gleiche gilt für die Justiz, die dringend
68 modernisiert und digitalisiert werden muss, wie für die Verfassungsschutzämter. Zwischen allen drei
69 Institutionen bedarf es einer besseren, effektiveren und zuweilen schnelleren Kommunikation.

70 • Wir sind uns dessen bewusst, dass es in einer globalisierten Welt niemals eine absolute, 100-
71 prozentige Sicherheit geben kann. Dennoch muss es eine der zentralen Aufgaben des Staates sein, alles
72 für die Sicherheit seiner Bevölkerung zu tun. Hierzu bedarf es einer internationalen Zusammenarbeit
73 verschiedener Staaten und Staatengemeinschaften. Gemeinsam mit Internet Providern muss gegen
74 die Radikalisierung über das Internet vorgegangen werden. Extremistische Inhalte gilt es schnell zu
75 löschen und die Urheber strafrechtlich zu verfolgen. Auch die Verbreitung illegaler Waffen, besonders
76 aus alten Armeebeständen, muss durch verbesserte Kontrollen verhindert werden.

77 • Extremismus, gleich aus welchem politischen oder vermeintlich religiösen Antrieb, stellt per se eine
78 Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit und der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland dar. Diesem
79 treten wir entschieden entgegen. Für die Zukunft muss der Staat mehr Mittel für die Extremismus-
80 Prävention bereitstellen.

81 • Unsere Gesellschaft benötigt ein „neues“ Verständnis – eine Rückkehr auf alte Tugenden: Respekt.
82 Unsere Sicherheitsbehörden, die Polizei, aber auch die vielen Ehrenamtlichen der Feuerwehr und im
83 Rettungsdienst setzen sich für die Sicherheit von uns allen ein. Sie verdienen unseren großen Dank.
84 Wer sie beleidigt oder ihre Arbeit behindert, der gehört bestraft – wir wollen dies auch im
85 Strafbuch fest verankern. Vor allem aber müssen wir eine gesellschaftliche Debatte starten und
86 mit großer Leidenschaft führen, um den Begriff Respekt im gegenseitigen Miteinander wieder ins
87 Zentrum zu rücken.

88 • Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland keine rechtsfreien Räume in dem Sinne, dass es dort
89 kein Recht gibt, sondern wir sehen, dass das Recht teilweise nicht hinreichend durchgesetzt wird. Das
90 fängt bei Abschiebungen von ausreisepflichtigen Ausländern durch die Länder an, was nur sehr
91 spärlich funktioniert, und das geht weiter mit der Bekämpfung von Drogenkriminalität, mit der
92 Bekämpfung von Glücksspielen und Prostitution in Problembezirken Deutschlands, und wir sehen,
93 dass es dort noch ungelöste Probleme gibt. Wir müssen unseren Rechtsstaat und unsere Polizisten
94 stärken. Wir brauchen in der gesellschaftlichen Debatte ein Klima für einen starken Rechtsstaat und
95 für einen harten Vollzug.

96 • Cyberkriminalität umfasst ein großes Spektrum an Straftaten. Entsprechend verschieden müssen die
97 Bekämpfungsmaßnahmen sein. Neben klassischer Spurensicherung gilt es, für die Arbeit von Polizei
98 und Kriminalbehörden verstärkt IT-Experten hinzuzuziehen, um die technisch meist gut
99 ausgestatteten Straftäter beispielsweise im multikriminellen „Darknet“, bei der Verbreitung von
100 Kinderpornografie oder beim Datendiebstahl zu belangen. Die Internationalität des Internets, die
101 Flüchtigkeit der Daten und die Zunahme des Speichervolumens der sichergestellten elektronischen
102 Beweismittel stellen höchste Anforderungen an die Strafverfolgung. Es gilt Polizei und Justiz
103 technisch und personell für die digitale Kriminalität zu wappnen. Wir haben in Deutschland zudem
104 ein gesellschaftliches Defizit, was die Sensibilität für die Möglichkeiten, aber auch die
105 Missbrauchspotenziale von IT allgemein und des Internets im Besonderen angeht. Hier muss der Staat
106 neue Akzente und einen neuen Fokus setzen.

- 107 • Die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheitspolitik verschwimmen zunehmend. Deshalb
108 bedarf es statt nationaler Egoismen vor allem eine effektive Zusammenarbeit und einen fairen
109 zeitnahen Austausch von Informationen. Davon profitiert die gesamte Europäische Union. EUROPOL
110 als Institution könnte der richtige Ort sein, um Informationen zu bündeln sowie den Austausch zu
111 koordinieren. Hierzu benötigt EUROPOL weitere Ressourcen. EUROPOL könnte zudem so ausgebaut
112 werden, dass auch nachrichtendienstliche Erkenntnisse besser unter- und miteinander ausgetauscht
113 werden.
- 114 • Soldatinnen und Soldaten sind Bürger in Uniform. Sie verteidigen unsere Demokratie. Leider wird
115 ihnen der zu erbringende Respekt in letzter Zeit viel zu häufig verwehrt. Als Christdemokraten
116 müssen wir offensiv hinter unserer Bundeswehr stehen und sie stärken. Wir müssen dies im Alltag
117 leben, indem wir der Bundeswehr die notwendigen Ressourcen bereitstellen: Kasernen müssen
118 modernisiert und neue Geräte beschafft werden. Im Bestand vorhandene Waffengeräte, Fahrzeuge
119 und Flugzeuge sind regelmäßig so zu warten, dass sie der Bundeswehr in benötigter Zahl zur
120 Verfügung stehen. Das Zwei-Prozent-Ziel für Militärausgaben, das die NATO-Staaten einst
121 formulierten, sind daher kein Selbstzweck oder ein Geschenk an unsere Freunde in Übersee, sondern
122 notwendige Voraussetzungen, um die Bundeswehr wieder vollumfänglich einsatzbereit zu machen.
- 123 • Wir schlagen einen Veteranentag vor, der mit und für die Kameradinnen und Kameraden in der
124 Bundeswehr gefeiert wird.
- 125 • Wer in der Bundeswehr den Dienst für die Gesellschaft leistet, sollte auch wie jemand behandelt
126 werden, der dies an anderer Stelle im Ehrenamt tut. Ähnlich wie bei der Ehrenamtskarte sollte es
127 daher Vergünstigungen bspw. in Schwimmbädern oder Freifahrten im ÖPNV geben. Wir brauchen
128 verstärkt Maßnahmen, monetär und ideell, die den Beruf des Soldaten attraktiv machen und die
129 Gewinnung von Nachwuchs für die Bundeswehr fördert.
- 130 • Ein großes Potential sehen wir in der Spezialeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK). Das KSK möchten
131 wir stärken und ausbauen.
- 132 • Deutschland ist nicht nur stolzes Mitglied der Europäischen Union, der NATO, OSZE und der
133 Vereinten Nationen, sondern sollte sich auch stark innerhalb dieser Organisationen engagieren. Ein
134 dauerhafter ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat würde nicht nur diesen Anspruch untermauern,
135 sondern wird auch dem bereits heute vielfältigen Einsatz Deutschlands in der internationalen
136 Sicherheitspolitik gerecht. Zugleich müssen wir konstatieren, dass die Entscheidungsfindung bei der
137 UN häufig zu zaghaft ist. Daher bedarf es einer Reform, die Deutschland als Wortführer in einem
138 starken Bündnis aktiv mitformulieren sollte.
- 139 • Die Souveränität von Staaten ist ein wichtiges Prinzip. Deshalb ist stets abzuwägen, ob bei Krisen und
140 Kriegen ein militärisches Eingreifen sinnvoll ist. Zugleich ist richtig: Die Sicherheit Deutschlands und
141 Europas muss in einer globalisierten Welt auch immer häufiger außerhalb unseres Kontinentes
142 verteidigt werden, weshalb eine starke diplomatische Rolle Deutschlands, auch als Vermittler, aber
143 vor allem als geschätzter Gesprächspartner unbedingt gestärkt werden sollte.
- 144 • Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in vielen afrikanischen Staaten ist jünger als 25 Jahre. Diese junge
145 Generation sucht Chancen für ihre Zukunft. Wenn diese nicht in Afrika liegen, machen sich viele junge
146 Menschen vor Verzweiflung auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa. Schon aus einem eigenen
147 Interesse (die illegale Migration einzudämmen) müssen wir die lokale Wirtschaft in Afrika stärken und
148 dort investieren. Durch gezielte Übereinkünfte zwischen Deutschland und afrikanischen Staaten
149 können wir legale Einreisen ermöglichen, etwa im Bereich von Ausbildungs- und Studienplätzen.
- 150 • Entwicklungshilfe ist kein Selbstzweck, sondern dient auch der Prävention von Krisen und damit der
151 globalen Sicherheitspolitik. Daher sollte nicht nur aus moralischer Verpflichtung heraus noch
152 gezielter Entwicklungspolitik betrieben werden. Auch das gesteigerte Engagement Chinas oder
153 arabischer Staaten ist aktiv zu verfolgen. Kernelement aller entwicklungspolitischen Bestrebungen
154 sollte die Hilfe zur Selbsthilfe sein.

155 **4. Leitfrage: Wie gestalten wir ein wirtschaftlich erfolgreiches und sozial sicheres Leben?**

156 Deutschland ist eine starke Wirtschaftsnation. Vorherige Generationen entwickelten durch harte Arbeit und
157 innovativen Ideen Produkte mit Weltmarktführerschaft. Mittlerweile werden mehr und mehr neuartige
158 Produkte jedoch außerhalb Europa entworfen, vor allem in den USA und dem asiatischen Markt. Deutschland
159 muss daher alte Tugenden neu erfinden und bei Neugründungen bereit sein, mehr Risiken einzugehen.

- 160 • Wir sind der festen Überzeugung, dass der Wohlstand erst erwirtschaftet werden muss, bevor er
161 verteilt wird. Nicht umsonst setzen wir uns seit langer Zeit für eine Schuldenbremse ein, die strikt
162 eingehalten werden muss.

- 163 • Der Bund muss die Staatsschulden stärker abbauen. Dies geht zum einen, indem bisherige Abläufe
164 modernisiert und effizienter gestaltet werden, zum anderen, indem in der Bundesverwaltung
165 vermehrt Einsparungen vorgenommen werden.
- 166 • Arbeitnehmer sollten stärker am wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens beteiligt werden – etwa
167 in Form von Aktien oder Fonds. Um dies zu erleichtern, wünschen wir uns eine Erhöhung des
168 Steuerfreibetrages sowie des Sparerpauschbetrages.
- 169 • Deutschland benötigt ein qualifiziertes Einwanderungsgesetz. Das Einwanderungsgesetz sollte sich
170 dabei jeweils an dem konkreten Bedarf auf dem Arbeitsmarkt orientieren. Das bedeutet unter
171 anderem eine Beschränkung auf einzelne Berufe, die den Bedarf nicht durch einheimische
172 Arbeitnehmer decken können.
- 173 • Um global wettbewerbsfähig zu bleiben, muss Deutschland wieder ein Land der Gründer werden.
174 Start-ups sind Orte der Innovation. Viele der heutigen Großkonzerne haben einst mit einer
175 Geschäftsidee in kleinen Büros oder Garagen angefangen. Um die Gründerkultur wieder zu beleben,
176 muss der Staat u. a. die Rahmenbedingungen für Risikokapitalgeber vereinfachen, um die Attraktivität
177 der Investition in innovative Konzepte zu erhöhen. Als einen wesentlichen Punkt betrachten wir für
178 junge Unternehmer, aber auch für den erfolgreichen deutschen Mittelstand, dass der Staat stärker
179 entbürokratisiert und, wo es sinnvoll ist, dereguliert.
- 180 • Wir wollen eine neue Unternehmerkultur ins Leben rufen – eine Kultur, die auch erlaubt, dass eine
181 Idee einmal scheitern darf, und ein Gründer eine zweite und womöglich sogar dritte Chance verdient
182 hat, um langfristig Erfolg zu haben.
- 183 • Die Schulen müssen zukünftig bereit sein, nicht nur Arbeitnehmer auszubilden, sondern auch
184 Arbeitgeber. Im Bildungssystem möchten wir das Unternehmertum fest verankern. Außerdem sehen
185 wir an den Hochschulen ein großes Potential, zukünftige Gründer zu fördern – etwa durch Co-
186 Working-Spaces und Mentoring-Programme.
- 187 • Europa braucht einen digitalen Binnenmarkt.

188 **5. Leitfrage: Wie garantieren wir ordentliche Bildung und exzellente Forschung?**

189 Jeder Mensch ist einzigartig, hat unterschiedliche Stärken und Schwächen – und jeder Mensch hat eine andere
190 Art zu lernen. Wir sind daher der festen Überzeugung, dass jeder Mensch individuell anhand seiner
191 Bedürfnisse gefördert werden muss. Die linke Ideologie der „Gleichmacherei“ lehnen wir ab, weil sie der
192 Entwicklung von Kindern und Jugendliche schadet.

- 193 • Eine individuelle Förderung bedeutet auch, leistungsschwache ebenso zu fördern wie leistungsstarke
194 Schülerinnen und Schülern.
- 195 • Die Schaffung von Ganztagschulen entspricht dem Trend unserer Gesellschaft. Allerdings ist eine
196 Ganztagschule nicht für jeden das Richtige. Wir wollen deshalb eine Wahlfreiheit zwischen Ganz-
197 und Halbtagschule etablieren und dafür sorgen, dass in allen Regionen unseres Landes ausreichend
198 Plätze zur Verfügung stehen.
- 199 • Wir bekennen uns zur Schulvielfalt. Die unterschiedlichen Schulformen ermöglichen die individuelle,
200 an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler angepasste Bildung. Zugleich muss die
201 Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Schulen gewährleistet sein, um einen Wechsel zu
202 ermöglichen. Wer gute Leistungen erbringt, der sollte belohnt werden.
- 203 • Die Schule sehen wir als einen Ort, um das Ehrenamt – vor allem im Sport – zu stärken. Daher wollen
204 wir, dass örtliche Vereine stärker als bislang üblich eingebunden werden.
- 205 • Digitale Bildung an Schulen ist eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre. In den
206 Schulen muss verstärkt Medienkompetenz gelehrt werden, um so früh wie möglich und pädagogisch
207 sinnvoll junge Menschen auf die Chancen und vor allem Risiken im Internet hinzuweisen. Es ist
208 unerlässlich, dass die Lehrkräfte weitergebildet werden und nicht die Schülerinnen und Schüler einen
209 Wissensvorsprung haben, sondern die Lehrer.
- 210 • Zur Stärkung der digitalen Bildung müssen die Schulen noch intensiver als bislang mit
211 Informationstechnik ausgestattet werden. Die Ausstattung mit EDV muss einer regelmäßigen
212 Überprüfung unterliegen und immer, wenn nötig, neuere Technologie ersetzt werden.
- 213 • Die frühkindliche Bildung ist die wichtigste Bildung. Zugleich liegt die Entscheidung alleine bei den
214 Eltern, wo die frühkindliche Bildung stattfindet. Wir wollen dabei, dass die Eltern entlastet und
215 unterstützt, aber zu keinem Zeitpunkt bevormundet werden.

- 216 • Das Notensystem hat sich bewährt, um die Leistungen der Schülerinnen und Schüler zu bewerten.
217 Zugleich glauben wir, dass das Notensystem deutlich transparenter gestaltet werden muss.
218 Lehrkräfte müssen mehr Möglichkeiten erhalten, um den Schülerinnen und Schülern die Noten zu
219 begründen und hilfreiche Hinweise zu geben.
- 220 • Die Schule muss ein Ort des Forderns und des Förderns sein. Wir wollen den Schülerinnen und
221 Schülern bei aller gebotenen Struktur stets auch Freiräume geben, damit diese sich individuell
222 entwickeln und auch ihre Stärken ausbauen können.
- 223 • Wir bekennen uns ohne Wenn und Aber zum Bildungsföderalismus. Wir wollen keine
224 bundeseinheitlichen Prüfungen, befürworten jedoch eine stärkere Kooperation im Rahmen der
225 Kultusministerkonferenz.
- 226 • Die Möglichkeiten der Digitalisierung wollen wir dazu nutzen, eine Austauschplattform zwischen
227 einzelnen Schülergruppen in Deutschland zu schaffen.
- 228 • Hessen ist mit dem Austausch zwischen beruflicher Praxis und der Schule ein Vorbild. Die Wirtschaft
229 ist für die Schule ein wichtiger Ansprechpartner. Wir wollen, dass Praktika ebenso verstärkt werden,
230 wie Berufsberatungsangebote.
- 231 • Die berufliche Bildung ist für uns ein Startpunkt für weitere Ausbildungsmöglichkeiten.
- 232 • Wer sich beruflich vorgebildet hat, dem möchten wir einen Vorteil bei der Einschreibung an
233 Hochschulen geben.
- 234 • Jede Hochschule soll ihr eigenes Profil entwickeln.
- 235 • Die Digitalisierung bietet auch den Hochschulen viele Möglichkeiten. So wollen wir die
236 Digitalisierung dazu nutzen, um dezentrale Lernmöglichkeiten zu schaffen.
- 237 • Wir wollen, dass an den staatlichen Hochschulen die privatwirtschaftliche Forschung eingebunden
238 wird, damit sich Hochschulen und die Wirtschaft gegenseitig unterstützen und voneinander
239 profitieren können.
- 240 • Deutschland ist ein starkes Forschungsland. Wir wollen, dass die Forscher auch in Zukunft die besten
241 Bedingungen vorfinden. Wer allerdings staatliche Unterstützung erhält, von dem wollen wir auch
242 stärkere Transparenz abverlangen. Forschungsergebnisse müssen daher transparent veröffentlicht
243 werden.

244 **6. Leitfrage: Wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der Menschen?**

245 Wir begreifen den technologischen Wandel, die Digitalisierung, als eine der größten und wichtigsten
246 Herausforderung im aktuellen wie im kommenden Jahrzehnt. Aber zugleich ist die Digitalisierung eine Chance
247 – für die Menschen, deren Leben durch die Digitalisierung vereinfacht werden könnte, sie miteinander
248 vernetzt und neue Berufschancen und –felder entstehen lässt, aber auch für die Ökonomie wie auch die
249 Ökologie generell, etwa durch neue Mobilitätskonzepte.

- 250 • Wir benötigen eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur, die flächendeckend Stadt wie Land
251 anbindet. Dazu gehören einerseits kabelgebundene Breitbandverbindungen wie andererseits die
252 Mobilfunktechnologien 4G, 5G genauso wie das darauffolgende 6G.
- 253 • Aufbauend auf einer modernen digitalen Infrastruktur, muss der Staat seine eigenen
254 Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürgern ausbauen und neu denken. Wir wollen, dass
255 Behördengänge eingespart und stattdessen über das Internet erledigt werden können
256 (eGovernment).
- 257 • Uns ist es wichtig, dass der Mensch nicht nur die Technologien zur Verfügung gestellt bekommt,
258 sondern auch die Unterstützung erhält, diese zu nutzen und weiterzuentwickeln. Hierzu ist es
259 unerlässlich, in der schulischen und akademischen Ausbildung die digitale Welt einfließen zu lassen.
260 Dies bedeutet, auf Möglichkeiten und Risiken hinzuweisen und den sinnvollen Umgang zu lehren. Des
261 Weiteren ist es unser Anspruch, nicht nur neue Technologien zu nutzen, sondern diese auch
262 weiterzuentwickeln und zu verbessern.
- 263 • Digitalisierung bedeutet auch, neu über ethische wie auch (arbeits-)rechtliche Fragen nachzudenken.
264 Im Fokus aller Debatten muss dabei der Mensch stehen. Dies gilt im Besonderen auch bei ethischen
265 Fragen rund um das autonome Fahren. Zum anderen ist es uns jedoch wichtig, dass wir bei den
266 Neuformulierungen von Normen und Regeln auf die gegebenen technischen Voraussetzungen achten
267 und nicht im 21. Jahrhundert versuchen, für aktuelle Probleme Antworten aus dem 20. Jahrhundert
268 zu geben.

269 • Der Datenverkehr macht nicht an der Staatsgrenze Halt. Deshalb müssen wir eine moderne
270 Datenpolitik global denken. Wir benötigen neue internationale Abkommen, die den hohen Standard
271 aus Deutschland in die ganze Welt exportieren.

272 • Es muss zu einem Prinzip werden, dass der Staat als Institution auf dem gleichen Wissensstand ist wie
273 die Wissenschaft und Forschung. Für Bundes- oder Landesregierungen darf der technologische
274 Fortschritt kein „Neuland“ sein – im Gegenteil: Wir erwarten, dass die Regierung den Fortschritt
275 mitgestaltet und Antworten auf neue Herausforderungen hat, bevor diese zu Problemen werden
276 können.

277 **7. Leitfrage: Wie unterstützen wir jeden Einzelnen und die Familien in allen Lebensabschnitten?**

278 Die Familie ist für uns die Keimzelle unserer Gesellschaft. Auch in schweren Zeiten zeigt die Familie ihre
279 Stärke: Familienmitglieder stützen sich – emotional und materiell. Die Verantwortung, die Familienmitglieder
280 füreinander übernehmen, kann keine andere Lebensform ersetzen. Sie in allen Facetten zu stärken, sollte uns
281 bei allen familien- und sozialpolitischen Entscheidungen leiten.

282 • Wer Kinder auf die Welt bringt, der verdient die Unterstützung von Gesellschaft und Staat. Als einen
283 wichtigen Hebel sehen wir die finanzielle Entlastung der Eltern. So wollen wir die Einführung eines
284 Grunderwerbssteuerfreibetrags beim erstmaligen Erwerb von Wohneigentum sowie die Einführung
285 eines Betreuungsbudgets für das zweite und dritte Lebensjahr des Kindes, das Elterngeld als
286 Einkommensersatz im ersten Lebensjahr des Kindes befürworten wir weiterhin ausdrücklich.

287 • Das Prinzip christdemokratischer Politik war und ist, den Menschen Optionen zu bieten. Daher wollen
288 wir, dass das Nachmittagsbetreuungsangebot ausgebaut wird, um eine attraktive Alternative zur
289 Ganztagsbetreuung zu schaffen. Wo immer möglich sollte der Staat den Eltern eine Wahlfreiheit
290 anbieten.

291 • Für uns gibt es einen zentralen Grundsatz: Die Eltern haben einen Erziehungsauftrag, der Staat einen
292 Bildungsauftrag. Es muss im politischen Handeln wieder stärker eine Rolle spielen, dass die Schule
293 kein Ort der Erziehung, sondern die Schule vielmehr ein reiner Ort der Bildungsvermittlung ist.

294 • Nach unserer Überzeugung wachsen Kinder idealerweise in einer Familie auf, die auf einer Ehe der
295 leiblichen Eltern basiert.

296 • Zugleich sind wir für die vollständige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften mit der
297 Ehe zwischen Mann und Frau.

298 • Rente bedeutet nicht Ruhestand, Menschen können auch im Alter noch Verantwortung für die
299 Gesellschaft übernehmen. Gerade im Bereich der Bildung sehen wir in älteren Menschen die besten
300 Lehrer. Sie können Geschichte hautnah erzählen, oder als Mentoren ihre Erfahrungen an junge
301 Nachwuchskräfte weitergeben. Dieses Potential müssen wir viel stärker nutzen und auf allen Ebenen
302 Projekte ins Leben rufen, die den Austausch zwischen den Generationen fest etabliert.

303 • Wer hart gearbeitet hat, sollte im Alter auch davon leben können. Für dieses Grundprinzip stehen wir
304 ein. Zum anderen hat Deutschland ein Sozialsystem verdient, das generationengerecht ist. Die
305 jeweilige Generation darf niemals über Gebühr beansprucht werden.

306 • Älteren Menschen möchten wir so lange wie möglich ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben
307 in ihrer gewohnten Umgebung bieten.

308 • Wer seine Eltern pflegt, der verdient die Unterstützung des Staates, um im Spannungsfeld von
309 Berufsleben und eigenem Familienleben nicht allzu sehr belastet zu werden.

310 • Wir wollen Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Pfleger und Erzieher schaffen, um
311 Betreuungsangebote für Jung und Alt zu garantieren (duale Ausbildung für Berufe im Gesundheits-
312 und Sozialwesen wie z. B. für Notfallsanitäter und Erzieher).

313 • Inklusion ist für uns eine wichtige Aufgabe. Dabei sollte es einen Ausgleich der Interessen zwischen
314 Menschen mit und ohne Behinderung geben. Für Kinder mit geistiger Behinderung wollen wir eine
315 Einzelfallprüfung, ob sie die Regelschulen besuchen sollen, um das Kindeswohl zu schützen und eine
316 Überbelastung des Lehrpersonals zu vermeiden.

317 **8. Leitfrage: Wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen?**

318 Für uns ist das Ehrenamt und der Sport der Kitt der Gesellschaft. Beides zu stärken, ist immens wichtig für den
319 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Dabei leitet uns das Prinzip: So viel Staat wie nötig, so viel
320 Eigenverantwortung wie möglich. Das friedliche Zusammenleben basiert auf den Werten unserer christlich-
321 abendländisch-jüdischen Kultur. Wir befürworten daher die Gründung eines europäischen Islams, der sich an
322 unserer Rechts- und Wertauffassung orientiert.

- 323 • Es kann nicht das Interesse von irgendjemand sein, wenn die Schere zwischen Arm und Reich größer
324 wird – auch dann nicht, wenn bloß der Eindruck entsteht. Kleinere und mittlere Einkommen müssen
325 gestärkt werden und das Prinzip „Leistung muss sich lohnen“ im Mittelpunkt unseres politischen
326 Handelns stehen. Denn nur wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sich ihre Lebenssituation
327 verbessert, wenn sie etwas dafür tun, werden sie auf Dauer auch bereit sein, gute Arbeit zu leisten.
328 Dies gilt gleichermaßen für Renten und Sozialleistungen, die der Lebensleistung entsprechen sollten.
- 329 • An vielen Stellen bedarf es in Deutschland wieder eines neuen gesellschaftlichen Konsenses. Die
330 Politik muss mehr diskutieren, vor allem in der Sache streiten, damit die Menschen zuhause, in den
331 Familien, mit Freunden und in Vereinen, miteinander diskutieren und wir so gemeinsam zu Lösungen
332 kommen.
- 333 • Gewerkschaften, Verbände & Co. sind wichtige Institutionen unseres Gemeinwesens. Wir möchten,
334 dass sich viele Menschen dort organisieren und gemeinsam Probleme diskutieren. Von Gewerkschaften
335 erwarten wir, dass sie sich für gute Arbeitsbedingungen einsetzen. Von Verbänden
336 erwarten wir, dass sie einen gesellschaftlichen Ausgleich herstellen sowie Halt und Orientierung
337 geben. Allesamt sollten den Anspruch verfolgen, ausschließlich für das Gemeinwohl zu handeln und
338 Individualinteressen auszublenden. Gewerkschaften, Verbände, Interessensgruppen und
339 Unternehmen müssen noch häufiger miteinander, statt übereinander sprechen.
- 340 • Als Parteien sind wir Vorbilder. Dies muss sich auch in unserer Sprache widerspiegeln.
- 341 • Klassische und soziale Medien haben eine hohe Verantwortung. Klassische Medien sind darauf
342 angewiesen, eine fundierte und objektiv belegbare Berichterstattung zu gewährleisten, während die
343 sozialen Medien vor der Aufgabe stehen, das zwischenmenschliche Miteinander besser zu
344 organisieren. Wir erwarten, dass die Betreiber von sozialen Medien stärker als bislang Hate-Speech,
345 Mobbing & Co. bekämpfen und im Zweifel in Haftung zu nehmen sind. Nutzer von sozialen Medien
346 sollten ein „Recht auf Vergessen“ erhalten.
- 347 • Wir setzen uns für eine allgemeine Dienstpflicht ein. Jeder sollte seinen Dienst für die Gesellschaft
348 leisten. Das kann bei der Bundeswehr, bei der Feuerwehr, dem THW, einem Rettungsdienst, oder auch
349 in einer sozialen Einrichtung oder Organisation sein.
- 350 • In Deutschland leben Millionen Menschen muslimischen Glaubens. Wir bekennen uns zur
351 Religionsfreiheit und der freien Ausübung unterschiedlicher Glaubensrichtungen. Zugleich stellt sich
352 heraus, dass es viele unterschiedliche Auslegungen und Ausprägungen des Islams gibt – vor allem ist
353 es für deutsche Behörden schwierig, klare Ansprechpartner im islamischen Kulturkreis zu finden.
354 Einige Islam-Ausprägungen sind zudem inkompatibel mit den Werten und dem Rechtssystem in
355 Europa und definieren sich meist nur über ihr Herkunftsland. Schon vor vielen Jahren ist daher der
356 Begriff des „europäischen Islams“ geboren worden. Wir unterstützen die Bestrebungen einen
357 europäischen Islam zu etablieren, der als Religion und Wertefundament säkularisiert ist und mit den
358 Grundsätzen unseres Grundgesetzes im Einklang steht.
- 359 ○ Darüber hinaus befürworten wir alle weiteren islamischen Glaubensrichtungen, die konform
360 mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind. Dies setzt zugleich die völlige
361 Abkehr vom Dschihad sowie der Scharia hin zu einer reflektierten und kritischen
362 Auseinandersetzung und Interpretation des Korans voraus. Darüber hinaus bedeutet dies,
363 dass wir Islamverbänden, die das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, Minderheiten und
364 Menschen anderer Glaubensrichtungen beschneiden, jegliche Unterstützung entziehen,
365 solange diese gegen unsere grundlegenden Werte verstoßen. In diesem Zusammenhang
366 lehnen wir Viel- sowie Kinderehen und Kopftücher für junge Mädchen ab. Die Politik hat die
367 Aufgabe, diese Prinzipien auszuformulieren und von allen islamischen Einrichtungen und
368 Verbänden abzuverlangen, die an der Entwicklung eines europäischen, säkularisierten Islams
369 mitwirken möchten. Diese Mitwirkung sollte zudem notwendige Voraussetzung sein, um als
370 ernsthafter Gesprächspartner der Politik aufzutreten, um beispielsweise einen Anspruch auf
371 Förderung zu haben oder als Partner für den Islam-Unterricht in Frage zu kommen. Hierzu
372 gehört auch die Offenlegung der Finanzen der jeweiligen Verbände.
- 373 ○ Wir fordern die Verbände im Rahmen ihrer Möglichkeiten zudem auf, Imame in Deutschland
374 auszubilden. Ziel muss es sein, dass die Imam-Ausbildung mit den Grundsätzen unserer
375 freiheitlichen Grundordnung korreliert. Für Imame aus dem Ausland, die in der
376 Bundesrepublik Deutschland in den jeweiligen Gemeinden hauptamtlich oder ehrenamtlich
377 tätig sind, fordern wir einen Sprachnachweis und eine Sicherheitsüberprüfung, bevor eine
378 Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung erteilt wird. Zudem begrüßen wir den Trend zu mehr
379 weiblichen Imamen.

380 ○ Wir fordern gerade an Schulen eine staatlich betreute Ausbildung von islamischen
381 Religionslehrern sowie klare inhaltliche Vorgaben in Lehrplänen zum Thema Islam. Kinder
382 muslimischen Glaubens sollen gleichberechtigt am Schulunterricht teilnehmen, hierzu
383 gehört auch der verpflichtende Sport- und Schwimmunterricht sowie die Pflicht an
384 Klassenfahrten und Schulausflügen teilzunehmen. Wir streben dahingehend einen stetigen
385 und vertieften Austausch mit islamischen Glaubensgemeinschaften an, die in ihrer Struktur
386 unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung Folge leisten. Wir betrachten die
387 Fortentwicklung des Islams hin zu einem europäischen Islam als notwendige Klammer für
388 eine gelungene Integration, die dringend benötigt wird, um unsere Gesellschaft zusammen
389 zu halten.

390 • Deutschland lebt vom Ehrenamt. Ob etwa im Sozialen oder im Sport – ohne die vielen Ehrenamtlichen
391 würden unsere Gesellschaft und das Vereinsleben nicht funktionieren. Zu Recht wird das Ehrenamt
392 deshalb vom Staat gefördert. Wer sich ehrenamtlich engagiert, sollte – neben dem Respekt – auch
393 etwas zurückbekommen. Ehrenamtskarten sind ein kleines, aber ein wertvolles Zeichen des Dankes
394 und sind deshalb stärker zu fördern. Hürden beim Bezug der Karten sind abzubauen.

395 • Sport verbindet: Er verbindet Menschen und Kulturen. Und er lehrt Werte: Der Team-Gedanke, das
396 Miteinander, macht den Sport zu einem der wichtigsten Integrationsfaktoren.

397 **9. Leitfrage: Was sind unsere Werte, die Deutschland prägen und wie leben wir sie?**

398 Unsere Werte leiten sich vom Grundgesetz und den darin formulierten Menschenrechten ab, die auf einem
399 christlich-humanistischen Fundament stehen. Die Wertevorstellungen, die aus dem christlichen Menschenbild
400 folgen, wie zum Beispiel Solidarität und Eigenverantwortung, machen ein starkes Deutschland aus.
401 Deutschland ist das Land des Ehrenamtes. Die Arbeit, die die vielen Ehrenamtlichen für unser Land leisten, ist
402 einzigartig in der Welt.

403 • Die Werte unseres Landes spiegeln sich in unserer schwarz-rot-goldenen Flagge und unserer
404 Nationalhymne wieder. Neben unserer Flagge sollte deshalb auch die Nationalhymne im Grundgesetz
405 als Symbol unseres Staates verankert werden.

406 • Zum Bildungsauftrag gehören für uns die Vermittlung von Moral, der christlich-humanistischen
407 Werte und die besonderen Werte unseres Landes, wie die Bereitschaft sich ehrenamtlich für seine
408 Mitmenschen einzusetzen – von der Grundschule an.

409 • Wertediskussionen haben nicht nur in den Parteien stattzufinden, sondern sind
410 gesamtgesellschaftliche Fragestellungen, die es zu beantworten gilt.

411 • Unser Grundgesetz muss ebenfalls eine Antwort darauf finden, weshalb wir uns für die Schaffung von
412 Staatszielen einsetzen, die der Förderung unserer Werte dienen. Besonders sollen die Staatsziele
413 Förderung des Ehrenamtes, Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Förderung der
414 deutschen Sprache, Kultur und Geschichte gemeinsame Ziele unseres Staates sein.

415 • Menschen, die die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben, müssen Werte haben, die mit unseren
416 Werten vereinbar sind und die Bereitschaft zeigen, dieses Land auf Grundlage seiner Werte
417 voranzubringen. Die deutsche Sprache verbindet unsere Gesellschaft. Ohne sie können wir unsere
418 Werte nicht miteinander diskutieren und sie verteidigen. Sie zu beherrschen ist zentrale
419 Voraussetzung, wenn man die deutsche Staatsbürgerschaft hat, aber auch für jene Menschen, die
420 dauerhaft in diesem Land leben möchten.

421 • Die christlichen Kirchen haben aus historischen Gründen einen besonderen Status in unserer
422 Gesellschaft und in unserem Staat. Sie leisten enormes im sozialen, karitativen und kulturellen
423 Bereich und haben deshalb Unterstützung von staatlicher Seite verdient. Wir stehen dahinter,
424 christliche Feiertage auch weiterhin als ordentliche Feiertage zu feiern und arbeitsfrei zu stellen. Der
425 Sonntag ist auch weiterhin ein geschützter Wochentag und kann nicht unbegrenzt verkaufsoffenen
426 Sonntagen zum Opfer fallen. In unserem Staat gibt es keine Staatsreligion. Die Religionsfreiheit in
427 unserem Land ist ein hohes Gut, kann allerdings nicht gegen die anderen Werte unseres
428 Grundgesetzes und unserer Gesellschaft ausgespielt werden. Religiöse Vorstellungen, die mit
429 unserem Werteverständnis unvereinbar sind, haben in Deutschland keinen Platz.

430 • Das christliche Menschenbild und das Leistungsprinzip leitet unser politisches Handeln bei der
431 Ordnung und Steuerung von Zuwanderung und Migration. Das bedeutet, dass Arbeitsmigration nur
432 durch Kriterien erfolgen kann, die wir festlegen. Eine Ausnutzung der staatlichen Solidarität durch
433 Migranten lehnen wir entschieden ab. Unsere Werte sind auf dem Grundgesetz begründet. Dieses
434 schreibt das individuelle Asylrecht fest. Dahinter stehen wir! Wer schutzbedürftig ist, hat den Schutz
435 unseres Staates verdient. Dies bedeutet aber auch: wer keinen Schutzstatus hat, muss unser Land
436 unverzüglich verlassen. Unsere Herzen sind weit, aber unsere Mittel sind begrenzt.

- 437 • Die Bundesrepublik Deutschland besteht seit mittlerweile 70 Jahren und gliedert sich in eine deutsche
438 Demokratiegeschichte von der Revolution von 1848/1849 über die Reichsgründung 1871 und die
439 Gründung der Weimarer Republik 1919 ein. Nach dem 2. Weltkrieg und dem Holocaust, die in der
440 deutschen Erinnerungskultur eine unverzichtbare Stellung einnehmen, haben die Väter und Mütter
441 des Grundgesetzes eine Demokratie errichtet, die erfolgreich ist. Wir haben seitdem einige
442 sinnstiftende und prägende Ereignisse erlebt, die uns weiterhin beeinflussen. Wir dürfen aber nie
443 vergessen, dass die Erlebnisse der 40-jährigen Teilung unseres Landes ebenso zu unserer Geschichte
444 gehören. Der Volksaufstand in der DDR 1953, die Friedliche Revolution 1989 und die
445 Wiedervereinigung 1990 sind besondere Ereignisse unserer gemeinsamen Geschichte, die die Bürger
446 der DDR bei ihrem Kampf für Demokratie hervorgebracht haben. Ihr Einsatz ist ein Vorbild und erfüllt
447 auch künftige Generationen in Ehrfurcht und Dank! Unsere Geschichte lehrt uns, dass die Demokratie
448 und die Freiheit jedes Einzelnen, die Werte auf denen dieses Land erbaut und beruht, für ein
449 friedliches Zusammenleben in Deutschland von enormer Bedeutung sind. Dies müssen wir
450 verteidigen.
- 451 • Patriotismus bedeutet für uns ein aufgeklärter Patriotismus, der Gemeinschaft schafft, aber nicht
452 ausgrenzt. Er steht für eine Liebe zu unserem Land und seinen Werten, die sich in der schwarz-rot-
453 goldenen Fahne und dem Dreiklang unserer Nationalhymne „Einigkeit und Recht und Freiheit“
454 widerspiegeln. Diese Symbole sollten in der Öffentlichkeit stärker gesehen und gehört werden.
455 Patriotismus bedeutet für uns keine Verachtung gegenüber anderen Völkern und Nationen. Werte
456 müssen gelebt und vorgelebt werden – auch der Patriotismus. Deshalb sprechen wir uns dafür aus,
457 die Nationalhymne auf öffentlichen Veranstaltungen, wie zum Beispiel Sportereignissen,
458 selbstverständlich gemeinsam zu singen.
- 459 • Wir verstehen die Europäische Union in erster Linie als eine Wertegemeinschaft von Staaten, die auf
460 den Menschenrechten und den christlich-humanistischen Werten basiert. Die EU steht für Freiheit
461 und regionale Vielfalt. Die Fortentwicklung der Europäischen Union als Gemeinschaft unabhängiger
462 Staaten ist Ziel unserer Politik. Die gemeinsame Europäische Geschichte voller Kriege lehrt uns, dass
463 die Europäische Union ein einzigartiges Friedensprojekt in der Geschichte ist. Die Bewahrung des
464 Friedens in Europa verbindet alle Staaten der Europäischen Union.

465 **10. Leitfrage: Wie bewahren wir die Natur als Lebensgrundlage der Menschheit?**

- 466 Auf Basis unseres christlichen Menschenbildes sehen wir die unabdingbare Pflicht, die Natur im Sinne der
467 Schöpfung zu bewahren. Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft ist auch eine Pflicht im Hinblick auf die
468 Generationengerechtigkeit. Wir müssen ressourcenschonend und dennoch ökonomisch orientiert handeln,
469 um die Natur nicht über Gebühr zu belasten.
- 470 • Wir wollen ein Bewusstsein für den Umgang mit natürlichen Ressourcen schaffen. Dazu gehört,
471 Überproduktion zu vermeiden, um regionale Landwirtschaft zu fördern. Regionalität ist der Schlüssel
472 zur Ressourcenschonung. Zu große Exporte fördern Ressourcenverschwendung vor Ort und fördern
473 Fluchtursachen.
 - 474 • Spezialisierung und Forschung sind für uns die Schlüssel der Wirtschaftlichkeit. Wir befürworten die
475 Entwicklung von Verfahren zur Pflanzenverbesserung. Hier darf die Ökonomie jedoch nicht den
476 Gedanken der Schöpfung und das Wohl von Mensch, Tier und Natur überdecken. Wir brauchen Zeit
477 und Platz für eine nachhaltige und ökologische Forschung, die erst an ihrem Ende einen
478 wirtschaftlichen Anbau als Ergebnis hat. Dies hat auch eine Ressourcenschonung zur Folge, da man
479 bewusster mit Wasser, Erde und Samen umgeht. Ein christdemokratischer Ansatz ist hier immanent,
480 da wir natürliche Entwicklung vor künstliche Planung setzen.
 - 481 • Tiere sind Lebewesen und daher nicht als Ware zu betrachten. Es geht um eine wertschätzende
482 Haltung und Behandlung von Tieren – daher hinterfragen wir den individuellen Fleischkonsum. Es
483 darf keine Polarisierung von Tierschutz versus Tierhaltung geben. Sowohl radikale Tierschützer sind
484 zu bestrafen, wie auch Tierzüchter, die Tiere nicht lebenswert und aus rein ökonomischen
485 Gesichtspunkten behandeln. Tiere sind Geschöpfe auf unserer Erde, die eine Balance für die Umwelt
486 darstellen und daher nicht nur als Lebensmittel anzusehen sind.
 - 487 • Für heranwachsende Generationen darf die Natur und das Tierwesen keine Selbstverständlichkeit
488 darstellen. Wir fördern Natur- und Tierkunde als lebendigen Tier- und Artenschutz, der von Praktikern
489 vermittelt wird. Das Jagdwesen ist aktiver Arten- und Umweltschutz und schützenswertes Kulturgut.
490 Es muss auch hier ein Augenmerk auf die Regionalität gelegt werden, da invasive Arten eine
491 Bedrohung für die eigene Fauna und Flora darstellen. Für die Forstwirtschaft gilt, dass keine
492 Monokulturen als Regel gefördert, sondern eine gesunde und nachhaltige Mischung gewährleistet
493 wird. Gesunde Ernährung ist immer individuell. Es muss um eine für den einzelnen Menschen
494 angepasste Ernährung gehen, die wieder einen Fokus auf Regionalität legt. Gesunde Ernährung sollte
495 als ausgewogene Ernährung verstanden werden. Der Zugang zu allen notwendigen Nahrungsmitteln

496 und Nährstoffen muss für jeden Menschen frei und immer möglich sein. Auch hier muss eine
497 frühzeitige und bewusste Wissensvermittlung stattfinden.

498 • Wir wollen eine vorausschauende und vorzeitige Planung einer intelligenten Verkehrsinfrastruktur,
499 um auf Bevölkerungswachstum und Zuzug adäquat reagieren zu können. Vernetzte und digitale
500 Mobilität kann den Schadstoffausstoß vermindern, indem sowohl der Individualverkehr, als auch der
501 Öffentliche Personennahverkehr im Fluss gehalten werden. Ressourcenschonende Mobilität muss
502 ohne Fokussierung auf eine Art der Kraftstoffe vorangetrieben und erforscht werden. Vernetzung
503 bedeutet nicht nur Vernetzung von Städten und Menschen, sondern auch Vernetzung zwischen
504 verschiedenen Fortbewegungsmitteln. Die Antwort auf den Verkehr der Zukunft lautet „Sowohl als
505 Auch“ und nicht „Entweder Oder“.

506 • Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit schließen sich nicht aus. Energiezukunft bedeutet, dass
507 verschiedene Energieformen miteinander kombiniert werden müssen. Der Ausstieg aus vorhandenen
508 Energieformen darf nicht überstürzt getätigt werden, sondern muss arbeitsplatzschonend und
509 wirtschaftlich verträglich gestaltet werden. Auf Dauer kann eine Energieabgabe über Steuern nicht
510 die Zukunft der Energiegewinnung sein. Energieunternehmen müssen sich durch innovative
511 Konzepte selbst tragen. Wirtschaftlichkeit bedeutet hier auch Eigeninitiative.

512 • Der Umwelt- und Klimaschutz muss jedem einzelnen Menschen dienen und darf nicht einseitig
513 belasten. Subventionen in Land- und Energiewirtschaft dürfen nicht länger der Überproduktion
514 dienen. Unternehmen müssen sich selbst tragen können, bislang subventionierte Wirtschaftszweige
515 müssen schonend auslaufen. Gleichzeitig muss eine aktive Politik der Absicherung von
516 Arbeitnehmern geschehen, indem alternative Arbeitsplätze geschaffen werden. In einer
517 globalisierten Welt bedeutet Umwelt- und Klimaschutz auch gemeinsame Anstrengungen zu
518 unternehmen. Nicht nur der Wald vor der eigenen Haustür trägt beispielsweise dazu bei, dass die Luft
519 sauber ist. Die Verantwortung vor der Natur hört nicht an der Grenze des Heimatlandes auf. Auch
520 Sanktionen gegen Nationen, die Umwelt- und Klimaschutz nachrangig behandeln, dürfen nicht nur
521 angedroht, sondern müssen auch angewandt werden. Alleine wird Deutschland auch und gerade
522 aufgrund seiner Größe keinen nennenswerten Beitrag für Umwelt- und Klimaschutz leisten können.
523 Ziel muss es sein, dass Europa mit vereinter Stimme Umweltsünder international dazu anhält,
524 gemeinsame Ziele zu formulieren und auch zu erreichen.

525 • Im Dienste der Ökologie müssen zunächst Leitplanken formuliert werden, die weder zu sehr
526 angebotsorientiert, noch zu sehr nachfrageorientiert dafür sorgen, dass ressourcenschonend und
527 artenschützend angebaut werden kann. Innerhalb dieser Leitplanken sind Innovationen und kreative
528 Wirtschaft anwendbar.

529 • Wir müssen eindeutige Forschungsziele formulieren, die ethische, soziale, marktliberale und
530 ökologische Aspekte behandeln. Innovationen dürfen weder eine einseitige Belastung für einen Teil
531 der Gesellschaft darstellen, noch dürfen sie Wirtschaftszweige bevorzugen. Eine gesunde Mischung
532 von staatlichen Förderungen und wirtschaftlichem Engagement von Unternehmen bietet die
533 Möglichkeit Umweltprobleme zu lösen und gleichzeitig Arbeitsplätze zu schaffen.

534 • Wir wollen in den Städten mehr Begrünung von Dächern und Fassaden, die nicht zusätzlich bewässert
535 werden müssen, sondern durch Kondenswasser und Regenspeicher eine eigenständige Bewässerung
536 vornehmen. Durch Blühstreifen und Wildblumenwiesen auf städtischen Anlagen und Plätzen fördern
537 wir die Ansiedlung von Insekten und Vögeln. Bei Bebauungsplänen wird auf die Luftzufuhr geachtet,
538 indem Frisch- und Kaltluftschneisen nicht zugebaut werden. Gebäude sollten möglichst
539 energieautark sein und Wärme sowie Wasserzufuhr über intelligente Systeme selbst steuern können.
540 Jede Stadt benötigt ausreichend Park- und Landschaftsflächen, um wohnortnahe Erholung zu
541 ermöglichen. Die Anlage von Flächen sollte dabei stets mit regionalen Gewächsen vollzogen werden.

542 **11. Leitfrage: Wie schaffen wir Bedingungen für ein gutes Leben in Stadt und Land?**

543 Für uns bedeutet ein gutes Leben ein Leben in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Die Garanten dafür sind in
544 erster Linie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Grundvoraussetzung für ein gutes Leben in Stadt und Land
545 ist deshalb die dauerhafte und flächendeckende Geltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung,
546 verbunden mit der konsequenten Durchsetzung dieser Grundprinzipien mit rechtsstaatlichen Instrumenten.
547 Gleichzeitig appellieren wir an die freien, mündigen Bürger unseres Landes, Verantwortung für das
548 Gemeinwesen zu übernehmen. Das bedeutet für uns vor allem gegenseitigen Respekt, Toleranz für
549 unterschiedliche Lebensentwürfe und Solidarität mit den schwächeren Mitgliedern unserer Gesellschaft. Für
550 uns ist es Ausdruck dieser freiheitlichen und zugleich verantwortungsbewussten Grundhaltung, auch mit
551 staatlichen Mitteln eine Grundversorgung sicherzustellen, die an jedem Ort unseres Landes ein Leben in
552 Wohlstand ermöglicht. Dabei wollen wir nur dort auf den Staat zurückgreifen, wo Wirtschaftsleben und
553 bürgerschaftliches Engagement diese Grundversorgung nicht allein gewährleisten können. Zentrale Elemente
554 einer solchen Grundversorgung sind für uns:

- 555 • Zuallererst die Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Der freiwillige und verantwortungsvolle
556 Einsatz für das Gemeinwohl und staatliche Angebote dürfen sich nicht gegenseitig behindern,
557 sondern sollen einander ergänzen und aufeinander aufbauen.
- 558 • Eine flächendeckende Versorgung aller Bürger mit moderner und zukunftsfähiger
559 Kommunikationsinfrastruktur. Aufgrund des steten technologischen Fortschritts bedeutet das auch
560 die stetige Modernisierung dieser Infrastruktur.
- 561 • Die Bereitstellung eines grundlegenden Mobilitätsangebots für alle Bürger und an jedem Ort. Gerade
562 in ländlichen Regionen bildet der motorisierte Individualverkehr das Rückgrat der Mobilität und ist
563 gleichzeitig häufig die einzige Möglichkeit, mobil zu sein. Da diese Möglichkeit aber auch vielen nicht
564 zur Verfügung steht, sollte jeder Bürger überall auch auf ein leistungsfähiges öffentliches
565 Verkehrsangebot zurückgreifen können.
- 566 • Die zügige Beseitigung überholter und nicht zweckmäßiger Regulierungen, die einem effizienten und
567 vielfältigen Mobilitätsangebot entgegenstehen.
- 568 • Eine leicht zugängliche Verwaltung, bei der vor allem der Nutzen für die Bürger im Fokus steht. Neben
569 einer bürgernahen Behördenstruktur mit kurzen Wegen und alltagstauglichen Öffnungszeiten setzen
570 wir uns für eine zügige und vollständige Digitalisierung aller Verwaltungsprozesse ein. Zudem
571 müssen die Verwaltungsprozesse auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt und unnötige
572 Bürokratie beendet werden. Der beste Behördengang ist der, der gar nicht notwendig ist.

573 **12. Leitfrage: Wie arbeiten wir erfolgreich in Europa und mit internationalen Partnern zusammen?**

574 Wir wollen ein Europa des Friedens, der Freiheit und des gemeinsamen Wohlstands erhalten und ausbauen
575 und folgen mit diesem Bestreben der Tradition großer Staatsmänner wie Konrad Adenauer und Helmut Kohl.
576 Dafür muss sich Europa mutig weiterentwickeln, um für die anstehenden Herausforderungen gewappnet zu
577 sein. Sowohl die USA und Kanada als auch Deutschland profitieren in vielen Aspekten von der langjährigen
578 transatlantischen Partnerschaft. Daher bekennen wir uns klar zur Freundschaft und Partnerschaft mit den
579 Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada. Wir setzen uns aber auch in der Öffentlichkeit für eine
580 nüchterne und faktenorientierte Wahrnehmung der transatlantischen Handelsbeziehungen und die
581 Notwendigkeit eines fairen Abkommens ein. Im Umgang mit Russland suchen wir den Dialog, scheuen aber
582 auch keine Konsequenzen, wo der Dialog nicht zum Ergebnis führt.

- 583 • Wir benötigen in der Europäischen Union sichere Grenzen, die Wahrung der territorialen Integrität
584 aller Mitgliedstaaten und die Abwehr von terroristischen Bestrebungen von außen. Das zentrale Ziel
585 der europäischen Verteidigungsordnung ist die gemeinsame Verteidigung Europas und seiner Werte.
586 Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe an, die zivilen Einrichtungen des Bundes und der Länder, aber
587 auch der Parteien, Abgeordneten und von Unternehmen gegen das unbefugte Eindringen in ihre IT-
588 Netze noch stärker zu schützen.
- 589 • Wir wollen das Europäische Parlament mit einem Initiativrecht ausstatten. Statt einer erneuten
590 Erweiterung der EU sollte eine Vertiefung und Stärkung der aktuellen Gemeinschaft angestrebt
591 werden. Mittelfristig wollen wir eine Europäische Verfassung und den Gerichtshof der Europäischen
592 Union zu einem europäischen Verfassungsgericht ausbauen. Zum angemessenen und effektiven
593 Schutz der Unionsgrundrechte soll der Zugang zum Gerichtshof der Europäischen Union durch eine
594 europäische Individualverfassungsbeschwerde erleichtert werden. Außerdem fordern wir die
595 Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft. Langfristig soll es nicht nur einen gemeinsamen
596 Haushalt und eine gemeinsame Währung geben, sondern auch ein angeglichenes Steuer- und
597 Sozialsystem. Durch ein Zwei-Kammer-System (vergleichbar mit dem Zusammenspiel von Bundestag
598 und Bundesrat in Deutschland) könnten die nationalen Regierungen Einfluss auf die europäische
599 Gesetzgebung erhalten.
- 600 • Die Europäische Union muss in der Außenpolitik noch deutlicher mit einer Stimme sprechen. Die
601 Einrichtung der Position einer/s „Hohen Repräsentantin/en für Außen- und Sicherheitspolitik“, war
602 ein wichtiger Schritt, bei dem es allerdings einer effektiveren Implementierung bedarf.
- 603 • Ein Freihandelsabkommen mit den USA ist auch nach einem möglichen Scheitern von TTIP nach wie
604 vor erstrebenswert. Bilaterale Freihandelsabkommen zwischen den USA und einzelnen EU-Staaten
605 würden die europäische Verhandlungsposition jedoch erheblich schwächen. Wir sprechen uns daher
606 dafür aus, dass die EU bei den Verhandlungen Geschlossenheit demonstriert und einen neuerlichen
607 Anlauf nimmt, ein Freihandelsabkommen mit den USA zu schließen. Im Umkehrschluss lehnen wir
608 protektionistische Maßnahmen wie Schutzzölle ab.
- 609 • Die Erfahrungen und vor allem die Freundschaften, die junge Menschen durch Austauschprogramme
610 ein Leben lang mit sich tragen, sehen wir als Garant für den Bestand einer Partnerschaft, die für beide

611 Seiten des Atlantiks essentiell ist. Entsprechende Programme und Stipendien sollten deshalb
612 ausgebaut werden.

613 • Im Umgang mit Russland muss der Dialog mit Wladimir Putin und seiner Regierung möglich sein. Wo
614 der Dialog aber zu keinem spürbaren Ergebnis führt, fordern wir Konsequenzen. Wir fordern, die
615 Sanktionen solange aufrechtzuerhalten, wie die Krim nicht an die Ukraine zurückgegeben wurde. Ein
616 Ziel deutscher Politik muss aber immer auch sein, nicht nur mit der gewählten russischen Regierung,
617 sondern auch mit der Opposition das Gespräch zu suchen und demokratische Kräfte in Russland zu
618 stärken.

619 • Wir begreifen China als einen Wirtschaftspartner. Zugleich gilt es, deutsche Unternehmen durch
620 chinesische Investoren stärker zu schützen und auf eine weitere Öffnung des chinesischen Marktes
621 hinzuwirken.

Annahme

Ablehnung

Verwiesen an _____